

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erstausgabe Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
und kostet vierteljährlich ins Haus 1,25 Zloty. Betriebs-
störungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung
des Bezugspreises.

Einzigste älteste und gelesenste Zeitung
von Laurahütte-Siemianowitz
mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen
Die halbjährliche Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, aus-
wärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Kellernummer 40 Groschen.
Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Fernsprecher Nr. 501

Nr. 46

Dienstag, den 20. März 1928

46. Jahrgang

Kaufschher bei Zaleski

Änderung der polnischen Grenzonen-Berordnung?

Optimismus in London

Wiedersehen um Afghanistan. — Die Ausrückung der
Liberalen.

London.

Der Herrscher des „gottgegebenen Landes“ Afghanistan ist
in London eingetroffen und wenn möglich mit noch größ-
ten Ehren empfangen worden, als in Rom, Paris und Ber-
lin. Kein Mensch denkt mehr daran, Empfindlichkeit darüber
zu zeigen, daß — von Rußland abgesehen — der Herrscher des
Landes, der ja schließlich Amanullahs Nachbar in Indien ist,
keine Rangordnung in der Diplomatie mag man
empfinden, denn selbst, wenn man den zeitweise
schweren Nachrichten, daß es nicht von vornherein festge-
setzt habe, ob Amanullah überhaupt in London erscheinen
wird, keinen Glauben schenkt, so bleibt doch die Tatsache, daß
er den Vertreter seiner Britischen Majestät in Indien so-
genannt hat. Man ist zwar in England großzügig, aber
in solchen Beziehungen doch sehr leicht verletzlich und es
ist gewiss, daß hinter dem Entschluß, Amanullah mit allen
den Ehren zu empfangen, als ob er sich durchaus gezie-
hen und wieder zu Prestigeopfern zwingen.
Es bedarf ja keiner tiefgründigen Überlegungen, um zu
sehen, woher diese Rücksichtnahme stammt. Der Blick auf

die Ereignisse in Ägypten und Arabien

und es fragt sich nur, was die Regierung Baldwin
gerade sich bietenden Gelegenheiten für Maßnahmen
wird, um den Schlag, der in Arabien und Ägypten
islamischen Welt gegen das Empire geführt wird, zu
Dabei wiegt das Problem innerpolitisch gesehen im
schweren, als außenpolitisch, denn nichts konnte der
England unerwünschter sein, als daß gerade jetzt, wo auch für
die Wahlen schon bald in Sicht sind,

die Tragweite der Chamberlain'schen Außenpolitik

auf solche Weise erklärt wird.
Ein politisch denkender Mensch in London ist sich darüber
im Zweifel, daß diese Ereignisse nicht als schlechtweg bedauer-
liche Folge von Einzelaktionen angesehen werden können,
sondern eher als ein Zeichen, daß sie als entscheidende Konstru-
ktionen gelten müssen. Diese Überzeugung wird durch
nicht erschüttert, daß man besonders in der Rechtspre-
sse Vertrauen in die eingeleiteten militärischen Maßnahmen
in Arabien und in die wieder aufzunehmende Politik der starken
in Ägypten setzt. Die Gesamtheit der Ereignisse des-
halb die Politik mehr oder minder sämtlicher Nachkriegs-
krisen und stellt aufs neue in gefährlicherer Beleuchtung als je
vorher das Problem der Sicherung des Empire zur Debatte.
Der außenpolitische Konstruktivist Chamberlain erscheint gehei-
lig in der natürlichen Logik des Geschehens und der Entwick-
lung der Völker, mit denen er in seiner angeborenen ange-
wiesenen Unerblichkeit nicht ernsthaft genug geredet hat.
Damit ist

der dritte und letzte Trumpf gefallen,

die Regierung Baldwin noch auszuspielen hatte, nachdem
er weder wirtschaftspolitisch, noch innerpolitisch Erfolge hat er-
zielt. Es zeugt nur für die politische Disziplin des
Baldwin, daß er die Regierung Baldwin ein so hohes Le-
ben in der Wirtschaftspolitik Ruhe hat erlauben lassen.
In der Wirtschaftspolitik Baldwin etwa in der Kohlen-
frage hätte unruhigeren Wählern reichlich Veranlassung gege-
ben, einer solchen Regierung das Vertrauen zu verweigern.
Er hat sich aber nicht dazu entschlossen — in den Ergebnissen der Nach-
wahlen aus, bei denen die Chancen der Konservativen durchaus
einmal außerordentliches Tempo die Liberale Partei, mit der
man noch vor Jahreschluss ernsthaft rechnen zu müssen ge-
braucht hätte. Selbst die konservative Presse, soweit sie Kritik an
der Regierung übt, fand nach der Ablösung Macdonalds
Baldwin ebenso wie während der Arbeiterregierung
den inneren Schwäche der Liberale Partei vorläufig nur kon-
servativ oder sozialistische Regierungen in Frage kämen.
Den Parteien Antriebe dürfte die Liberale Partei unge-
achtet ihrer Erfolge im letzten Jahr erst aus der Wirkung ihres
Partei-Programms erfahren, das in Form des bereits seit län-
gerer Zeit angekündigten „Goldbuches“ unter dem Titel

„Großbritanniens industrielle Zukunft“

erschienen ist. Dieses Manifest ist seither bereits in
der gesamten europäischen Presse ausführlich besprochen worden
und es handelt sich nur noch darum, seine Wirkung auf die Wäh-

Warschau. Nach der Rückkehr des Gesandten Kauf-
schher von Berlin fand Sonnabend zwischen ihm und Außen-
minister Zaleski eine Besprechung über die im Zusam-
menhang mit den deutsch-polnischen Verhandlungen stehen-
den Fragen statt. Wie verlautet, soll Montag im polnischen
Gesetzesanzeiger eine Novelle zu der bekannten polnischen
Grenzonen-Berordnung erscheinen, die bereits
am 2. März beschlossen worden u. wesentliche Änderungen
gegenüber der ursprünglichen Fassung dieser Berord-
nung bringen wird. Einer anderen Version zufolge, soll
jedoch die Novelle noch nicht endgültig fertiggestellt sein,
sondern erst morgen in einer Sitzung des polnisch. Minister-
rates beraten werden.

Auswirkung der Zollvalorisierung

Warschau. Ueber die Rückwirkung der polnischen Zoll-
valorisierung auf den polnischen Außenhandel gibt eine
Statistik Aufschluß, nach der der Handel auf weniger als
3 Prozent des früheren Handels herabgesunken ist.
Auf dem Warschauer Güterbahnhof gingen vor der Zoll-
valorisierung innerhalb zweier Tage 400 ausländische
Güterwagen ein, nach Inkrafttreten der Zollvalorisierung
am 14. März im gleichen Zeitraum aber nur 11 Wagen.

Vor der Entscheidung im Haag

Die Schlußreden des deutschen und polnischen Staatsvertreters

Haag. Die öffentlichen Verhandlungen des Ständigen
Internationalen Gerichtshofes im deutsch-polnischen Streitfall
wegen der deutschen Minderheitsschulen in Ostoberschlesien wur-
den am vergangenen Sonnabend beendet.

Zu der Vormittags-Sitzung ergriff der deutsche Vertreter,
Regierungspräsident Dr. Budziszewski, das Wort zu seiner Replik
auf die am Donnerstag erfolgten Darlegungen des polnischen
Vertreters. Er betonte die Wichtigkeit seiner Auffassung
dafür, daß kein Zweifel darüber bestehen könnte, daß der Stän-
dige Internationale Gerichtshof zur Behandlung der Angelegen-
heit befugt sei, unter anderem auf Artikel 14 der Völkerbunds-
satzung und auf den Inhalt der Entscheidung des Völkerbunds-
rates vom 12. März 1926, woraus sich deutlich ergebe, daß
diese Entscheidung keinen endgültigen Charakter habe
tragen sollen. Bezüglich der Hauptfrage sei daran festzuhalten,
daß der Sinn und der Zweck des deutsch-polnischen Abkommens
vom Oktober 1921 der gewesen sei, für die für die Erziehung der
Kinder verantwortlichen Persönlichkeiten bei der
Wahl der Schulen vollkommen freie Hand zu lassen. Wenn
das pädagogische Argument der polnischen Regierung, daß es für
den Unterricht der deutschen Kinder auf den deutschen Minder-
heitsschulen schädlich sei, daß polnisch sprechende Kinder in diese
Schulen aufgenommen würden, Geltung haben sollte, so müßte
die polnische Regierung die Kinder, die ausschließlich deutsch

sprechen, mit Zwangsmitteln von dem Besug der pol-
nischen Mehrheitschulen abhalten.

Die Wahrheit aber sei, daß Tausende von deutschen Kindern
polnische Mehrheitschulen besuchten. Die deutsche Regierung
müsse daher die Klagen über die parteiische Behandlung der
Kinder der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien aufrechter-
halten.

In der Nachmittags-Sitzung hielt der Vertreter der polnischen
Regierung, Oberlandesgerichtspräsident Rozowski mit sei-
ner Berufung auf den Wortlaut der Genfer Konvention und des
Minderheitenabkommens seine am Donnerstag vorgetragene An-
sicht vollkommen aufrecht, daß der internationale Gerichtshof nicht
befugt sei, sich jetzt bereits mit dieser Angelegenheit zu be-
fassen, vor allem deswegen, weil nach Ansicht der polnischen Re-
gierung die Entscheidung des Völkerbundsrates vom 12. März
1926 die vorliegende Angelegenheit nicht allein für ein Schul-
jahr, sondern gleichzeitig auch für die folgenden Schuljahre
entscheiden wollte.

Nach Beendigung des polnischen Vortrags schloß der Präsi-
dent des Gerichtshofes, Anzilotti, die öffentliche Verhand-
lung. Der Gerichtshof befehlt sich jedoch vor, von den Parteien
noch nähere Anstöße über einzelne Punkte einzuholen.

Zum politischen Mord in Wilna

Wilna. Die Ermordung des kommunistischen Haupt-
belastungszeugen der Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen
die „Sromada“ hat die gesamte hiesige Öffentlichkeit in
höchstem Maße erregt. Wie bekannt wird, soll der Mörder
ein Mitglied der russischen G. P. U. sein und vor sieben Ta-
gen aus Minsk nach Wilna gekommen sein. Die Zeitungen
„Słowo“ und „Dziennik Wileński“, die lange Berichte über
die Vorfälle gebracht hatten, sind Sonnabend von der Po-
lizei beschlagnahmt worden. Als Protest hat das
Wilnaer Journalisten-Syndikat darauf beschlossen, die Zei-
tungen drei Tage lang überhaupt nicht erschei-
nen zu lassen.

ler abzuwarten, die aber kaum zweifelhaft sein kann, da man
allenthalben in England die unbedingte Notwendigkeit eines
sinnvollen, präventionslosen und realpolitischen Wirtschafts-
programms aufs lebendigste empfindet und da weder die Arbeiter-
partei, noch die Konservativen imstande sind, dem Lande ein
solches Programm zu beschaffen, das ja naturgemäß auf libe-
ralen Prinzipien fußen muß.

Zu all dem kommt die in ungünstiger Stunde erfolgte Ent-
lassung der Hauptparole, der die Baldwinregierung ihre Mehr-
heit verdankt: des Sinowjew-Briefes. Die „Rote Gefahr“ ist
damit gebannt, ja, lächerlich gemacht. — Vielleicht sogar mehr,
als sie es verdient. Daß

der Spekulantenstempel im Foreign Office
der Regierung gleichfalls kein Vertrauen erworben hat, braucht
nicht betont zu werden und so begreift man, was es bedeutet,
wenn eben dieselbe „Daily Mail“, die seinerzeit mit Hilfe des
Sinowjew-Briefes die Baldwinwahlen „machte“, sich langsam von
ihrem bisherigen Glaubensbekenntnis: Konservativ oder So-
zialisten abwendet und den Uebergang zur „dritten Möglichkeit“
zu einer Renaissance des Liberalismus unter Lloyd George
sucht, der mindestens den einen großen Vorteil hat, dem Volk
für die Wahlen Verheißungen geben zu können, die nicht durch
die entsprechenden Gegenparolen als Wahlbottich entlarvt werden
können.

Rußland lenkt ein

Konno. Wie aus Moskau gemeldet wird, bespricht die
„Iswestija“ heute in einer politischen Wochenchau die Span-
nung zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Das Blatt
hofft, daß durch die Besprechungen zwischen Tischtscherin und
Graf Brodorski-Ranzau die Spannung beseitigt worden sei. Die
deutsch-russischen Handelsbeziehungen würden durch den Ab-
bruch der Wirtschaftsverhandlungen sowohl für Deutschland als
auch für die Sowjetunion großen Schaden erleiden. Die „Iswestija“
ist mit der Haltung der deutschen Presse wenig zu-
frieden und erklärt, daß der durch die Verhaftung deutscher Staats-
angehöriger in Rußland entstandene Konflikt kein großer poli-
tischer Fall sei, und in der nächsten Zeit seine Regelung finden
werde. Die Sowjetregierung werde alle Maßnahmen ergreifen,
um die deutsch-russischen Beziehungen in Ordnung zu bringen.

Dieser Artikel wird als ein Erfolg der deutschen Diplo-
matie in der Angelegenheit der Verhaftung der deutschen Inge-
nieure bezeichnet. Man erwartet, daß die Sowjetregierung
nächstens weitere Schritte unternehmen wird, um die deutsche
Dessentlichkeit zu beruhigen.

Auch die russischen Ingenieure freigelassen

Berlin. Wie die „Montagspost“ aus Moskau erfährt,
sind von dem im Donetz-Gebiet verhafteten 60 Tech-
nikern auch vier verhaftete russische Ingenieure aus der
Untersuchungshaft entlassen worden.

Zur englischen Offiziersrevolte

London. Die Admiraltät hat im Zusammenhang mit den
Vorgängen auf dem Flaggenkreuzer „Royal Cat“ des britischen
Mittelmeer-Schlachtkreuzer-Geschwaders eine amtliche Erklärung
veröffentlicht, wonach der Bericht der Untersuchungskommission,
die in Malta die Disziplinarfrage des Vizeadmirals Collars,
des Kapitäns Dewar und des Kommandeurs Mantel zu prüfen
hatte, in der Admiraltät eingelaufen sei, und einer genaueren
Durchsicht unterzogen werde. Ferner wird festgestellt, daß kein
Fall von Meuterei oder Gehorsamsverweigerung gegen Vizead-
miral Collars vorliegt und daß bisher noch kein Kriegsgerichts-
verfahren stattgefunden hat

Das Halsband Maria Theresias trägt Frau Jefferson Cohn in Cannes

Mit diesem Schmuckstück wurde der Putzsch König Karls finanziert

Cannes, im März.

Ein kleines, intimes, vornehmes Souper bei des Abassadeurs in Cannes. Der Schwedenkönig führte die Gastgeberin zu Tisch, eine Mrs. Jefferson Davis Cohn, die Gemahlin eines englischen Kapitäns, der jetzt als Finanzier in Paris lebt und als einer der reichsten Männer gilt. Die Frau trug eine wundervolle Perlenkette, die man nicht mehr vergessen kann, wenn man sie einmal gesehen hat. Sie bestand aus annähernd zweihundert riesengroßen, hochfarbigen Perlen von zarter gelber Farbe und fabelhaftem Glanz. Man konnte sich an ihnen blind sehen.

Es war das Halsband der Kaiserin Maria Theresia aus dem habsburgischen Familienschatz, das Frau Jefferson Cohn an diesem Abend zum erstenmal in der Öffentlichkeit trug.

Die Geschichte, wie das Kollier in ihren Besitz gekommen, zu erforschen, war nicht schwer, da diese Perlen eine historische Vergangenheit haben und ihr Alter auf dreihundert Jahre zurück dokumentarisch zu beweisen ist. Damals pflegten die Habsburger Agenten bis nach dem fernen Indien zu entsenden, um solche wertvollen Perlen für ihre Schatzkammer zu finden. Kaiserin Maria Theresia liebte die Kette ganz besonders, und daher führte sie in Hintertupf ihren Namen.

Als im Herbst 1918 das Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie herankam, brachte Graf Berchtold in einer Oktobernacht den habsburgischen Familienschatz über die Grenze, in die Schweiz. Darunter befand sich auch die Halskette Maria Theresias, die neben dem Florentiner, einem dreieckigen Solitär und der berühmten Smaragduhr das wertvollste Stück unter diesen geretteten Juwelen war. Die Sozialisten, die damals in Wien zur Regierung kamen, verlangten immer wieder die Rückgabe dieser Schmuckstücke und, da sich Kaiser Karl auf sein gutes

Recht berief, daß diese Juwelen sein und seiner Familie Eigentum wären und ihre Auslieferung ablehnte, beschlagnahmten sie den gesamten habsburgischen Grundbesitz in Oesterreich. So blieb dem Kaiser Karl, der für seine große Familie und für einen kleinen Hofstaat zu sorgen hatte, nichts anderes übrig, als Teile aus diesem Familienschatz zu verkaufen. Nur für den Florentiner und die Halskette Maria Theresias fanden sich keine Käufer, weil kaum einer so reich war, um den unerrechenbaren Wert dieser Schmuckstücke mit barem Geld bezahlen zu können.

Dann aber mußte, vor dem zweiten Versuch Karls, auf den ungarischen Thron zurückzukehren, auf jede nur mögliche Weise, um jeden halbwegs annehmbaren Preis Geld herbeigeschafft werden, und es blieb nichts anderes übrig, als die im Safe eines Pariser Juweliers verwahrten Steine so gut wie möglich zu verkaufen. Während alle Versuche Cartiers, des bekanntesten Juweliers aus der Rue de la Paix, den Florentiner in Amerika gegen Dollars umzutauschen, vergeblich blieben, meldete sich für die Halskette Maria Theresias ein Käufer, der bereit war, eine nach europäischen Begriffen noch nie dagewesene Kaufsumme zu bezahlen: Jefferson Davis Cohn. Er zahlte und übernahm das historische Kollier.

Mit dem Geld aber wurde der zweite Karl-Putzsch finanziert, das Flugzeug gekauft, das den König von Zürich nach Westungarn brachte. Man weiß, wie tragisch dieses Abenteuer endete....

Die Halskette der Kaiserin Maria Theresia gehört seitdem der Mrs. Jefferson Davis Cohn, und sie trug sie vor ein paar Tagen in Cannes....

Das Leben schreibt doch die spannendsten Geschichten.

Räuber und kein Henker

Aus Athen wird uns gemeldet: In Griechenland haben sich in den letzten Monaten die Raubüberfälle in derart erschreckender Weise gemehrt, daß der Ministerrat sich mit dieser Frage beschäftigen mußte und daß der Justizminister beauftragt wurde, sprechende Abschreckungsmaßnahmen zu ergreifen, um das Räuberwesen in Hellas mit Stumpf und Stiel auszurotten. Besonders üppig blüht die Räuberei in der Umgebung des Berges Olymp, in Mazedonien zwischen Drama und Kavalla und im Peloponnes. Die Banden wenden immer wieder das Mittel des Menschenraubes an, wobei die Opfer in entlegene Gebiete verschleppt werden, während gleichzeitig den Anverwandten eine Aufforderung zugeht, an einem bestimmten Plage eine meist nicht unerhebliche Summe Geldes als Lösegeld zu deponieren. Die eingeschüchterte Bauernschaft wagt aus Angst keine Anzeige bei den Behörden zu machen, zahlt und verhilft so dem Entführten wieder zur Freiheit. In Fällen, wo die Zahlung unterblieb, wurde den Angehörigen das abgeschlagene Haupt des Geraubten ins Haus geschickt.

Dieses Räuberwesen hat bereits eine stattliche Anzahl Opfer gefunden. Alle Anstrengungen der Behörden auf Ergreifung der Banditen fallen trotz hoher Belohnungen meist erfolglos aus, da die Bauern die Raube der Banden fürchten. Trotzdem ist es gelungen, einzelne Bandenmitglieder hinter Schloß und Riegel zu bringen, die dann im Hauptverfahren zum Tode verurteilt wurden. In den griechischen Gefängnissen sitzen zur Zeit nicht weniger als 29 Todeskandidaten, über denen wegen Räuberei-Delikte der Stad gebrochen wurde. Die Regierung hat in allen Fällen jegliche Begnadigung verworfen, um durch die Hinrichtung der Missetäter abschreckend auf die Banden zu wirken. Doch so leicht der Beschluß der Verwerfung eines Gnadenaktes war, so schwer ist die Durchführung der Exekution.

Griechenland vollstreckt gesetzlich Todesstrafen durch das Fallbeil. In den langen Jahren griechischer Unruhen und des Kriegszustandes wurde jedoch das Gesetz außer Kraft gesetzt und Exekutionen durch Erschießen durchgeführt. Nach dem Sturze Pangalos im August 1926 kehrte jedoch äußerlich wieder Ruhe in Hellas ein und alle Ausnahme-Berordnungen wurden von der Regierung Jaimis außer Kraft gesetzt. Seither konnten überhaupt keine Todesurteile vollstreckt werden. Der Kriegsminister erklärt Erschießungen in Friedenszeit als unzulässig und als den Ehrbegriffen des griechischen Heeres zuwiderlaufend; die Gendarmerie verfügt lediglich über Pistolen, und für das Amt des Henkers findet sich kein Grieche, da die in ganz Griechenland herrschende Blutrache sofort nach Vollstreckung eines Todesurteiles auch das Blut des Henkers nicht nur fordern, sondern auch finden würde. Die griechische Regierung versuchte sich damit zu helfen, daß sie zum Tode Verurteilte aus dem Kerker unter der Verpflichtung entließ, daß sie als Henker das Todesurteil an ihren Komplizen vollstreckten. Einzelne Verbrecher gingen auf den Handel ein, sie wurden entlassen, und — verschwanden auf Nimmerwiedersehen im Dickschicht griechischer Wälder.

Zu dieser Verlegenheit kommt noch die, daß das 1908 in Frankreich gekaufte Fallbeil, das im Schuppen einer Athener Pionierkaserne seitdem sein dunkles Dasein fristet, vollkommen verrostet und von Holzwürmern zerfressen ist. Aus Geldmangelgründen will jedoch der Justizminister kein neues Fallbeil zur Anschaffung bringen, zumal, wie Minister Tourcoavillis im Ministerrat erklärte, bei dem strengen Sparsamkeitsprogramm der Regierung diese Anschaffung erst dann spruchreif werde, wenn auch tatsächlich der Henker gefunden ist, der das Mordinstrument bedient. Inzwischen ist im letzten Athener Amtsblatt die „Reubesetzung der Stelle eines staatlichen Henkers“ ausgeschrieben, es fragt sich aber, ob sich jemand findet, der dieses dornenvolle Amt übernehmen wird.

Antilopen wie Heuschrecken

In Swazie-Land in Südafrika hat eine Invasion von mindestens 30 000 Gnus stattgefunden. Die ungeheuren Herden zertreten sämtliche angebauten Felder und sind im Begriff, die ganze Ernte restlos zu vernichten. Die Tiere sind zur Jagd freigegeben, werden zu Hunderten und aber Hunderten niedergeschossen, und allein 200 Arbeitslose sind dazu angestellt, die Kadaver, die weit über den Ernährungsbedarf hinausgehen, zu verzehren und zu verbrennen.

Scheidungen auf Bestellung

In Cuernavaca, der Hauptstadt des mexikanischen Bundesstaates Mexiko, hat sich eine Agentur aufgetan, die nach Katalogpreisen von 550 Dollars aufwärts Scheidungsgründe liefert. Die Agentur verpflichtet sich in ihren Ankündigungen, die Scheidungen von Anfang bis zu Ende durchzuführen und auch auf Wunsch für die zu den benötigten Ehebrüchen gebrauchten Partner bzw. Partnerinnen Sorge zu tragen.

Die 15-Millionen-Erbchaft

Vor einigen Tagen erhielt ein Soldat eines Infanterie-Regiments in Belgrad einen Brief aus Newyork, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß sein Onkel gestorben sei und ihm 15 Millionen Dollars vermacht habe. Die Nachricht von der riesigen Erbschaft verbreitete sich sehr rasch und der Soldat traf bereits Vorbereitungen zu einem Fest, das er seinen Kameraden geben wollte. Als der Oberst des Regiments darauf aufmerksam machte, daß in dem Brief nur stünde, daß ihm „der Betrag von 15 Dollars“ überwiesen wird, begriff der Soldat seinen Lesefehler, stürzte in sein Zimmer, riß sein Gewehr von der Wand und erschöpfte sich.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.

Laurahütte u. Umgebung

Der Namenstag des Marshalls Bilsudski auch in Siemianowicz festlich begangen. Am Sonntag mittag sammelten sich die Vereine und Verbände auf Platz Wolnosci und um 10 Uhr marschierten diese im geschlossenen Zuge über die Beuthener-, Hütten- u. Straße über den Marktplatz nach der St. Antoniusstraße ein feierlicher Festgottesdienst stattfand. Um 8 1/2 abends traten die Vereine auf dem Platz Wolnosci in Fadelzug an. Anschließend daran fand die feierliche demie im Saale der „Zwei Linden“ statt mit den üblichen Reden und der Aufführung des Theaterstückes „Segnungen in drei Akten“. Am Montag vormittag um 8 Uhr fand der Kreuzkirche ein Festgottesdienst statt, an dem verschiedene Körperschaften, die Delegationen der Hände und Vereine, teilweise mit Fahnen, sowie die Schuljugend teilnahmen.

Erziehung. Zur Erziehung sind Lob und Belohnung sowie Tadel und Strafe gleich wichtig und Kinder, man nie ein gutes Wort gab und nie eine Freude bekommen werden immer nur ungerne und mürrisch gehorchen und niemals frohe, tüchtige Menschen werden. Es sollten aber solche Taten belohnt oder belobt werden, welche vom Anstrengungen oder Opfer forderten und es wäre bei geizigen Kindern die Sparsamkeit oder bei eitlem denn die Ordnungsliebe und Reinlichkeit zu loben, da Dinge natürliche Eigenschaften dieser Kinder sind. Anders sparsam sollte man mit Geschenken sein und die der meist nur dadurch belohnen, daß man ihnen eine Geschichte erzählt, ihnen ein kleines Vergnügen bereitet, sie auf einen Spaziergang mitnimmt, denn nur bei richtiger Anwendung sind Belohnung oder Lob auch die richtigen Erziehungsmittel.

Spiele nicht mit Schießgewehr. Das Spielen geladener Patronen hat am Freitag, den 16. März schon wieder ein Opfer geordert. Der etwa 19-jährige Maximilian Jendreich aus Brzeziny, ul. polna 7, wollte mit einer Jange die Zündkapsel von einer Revolverpatrone entfernen und hielt dabei die Patrone mit der Kugel auf den Unterleib gerichtet. Blöhlisch löste die Patrone und die Kugel durchschlug ihm den Unterleib und zerfetzte dabei die Därme. J. wurde sofort ins Krankenhaus eingeliefert, wo eine Operation vorgenommen wurde. Der Zustand des Verletzten ist sehr bedenklich. Es kann nicht oft genug vor gewarnt werden, das Spielen mit Schusswaffen Patronen bleiben zu lassen. Trotz der vielen Unglücksfälle finden sich aber immer noch leichtsinnige Menschen, die eine Warnung nicht beherzigen.

Kammerlichtspiele. Ab Dienstag bis Donnerstag rollte der lustige Film „Ihre kleine Majestät“ vor, verwickelte, aber immer originelle Liebesgeschichten mit reichem und bewegtem Inhalt. Die Hauptrolle spielt der poln. Darsteller Tolnaes. Der ausgezeichnete Film und das humorvolle Beiprogramm sollten jeden zum Besuche veranlassen.

Gottesdienstordnung:

St. Kreuzkirche — Siemianowicz.

- Dienstag, den 20. März.
1. hl. Messe zum hl. Josef, hl. Franziskus, hl. Theresia. Dankagung für erhaltene Gnaden.
 2. hl. Messe zum hl. Josef von einigen Frauen.
 3. hl. Messe für die armen Seelen im Fegefeuer von poln. Marianischen Kongregation.

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

- Dienstag, den 20. März.
1. Jahresmesse für verst. Martin Angulla, Sohn Franz wandschaft Macionga und Angulla.
 2. Requiem für verst. Anastasia und Vincent Ramoin in Verwandtschaft.
 3. hl. Messe zum hl. Herzen Jesu und hl. Antonius. Dank für erhaltene Gnaden.

Evangelische Kirchengemeinde Laurahütte.

- Dienstag, den 20. März.
- 7 1/2 Uhr: Jungmädcherverein.
- Mittwoch, den 21. März.
- 7 1/2 Uhr: Jugendbund, ältere Abteilung.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 432.

Montag, 16,20 und 17,05: Berichte. — 16,40: Vortrag. 17,20: Polnischer Sprachunterricht. — 17,45: Für die Kinder. 18,15: Konzertübertragung. — 19,35: Vortrag. — 20: Vorträge aus Warschau. — 22: Abendberichte.

Dienstag, 16,20: Wie vor. — 16,40: Vortrag. — 17,20: Singschichtstunde. — 17,45: Nachmittagskonzert. — 18,45: 19,20: Operübertragung aus Posen. — 22: Abendberichte. 22,30: Konzertübertragung.

Kammer-Lichtspiele

Ab Dienstag bis Donnerstag

Ihre kleine Majestät

Ein ausgezeichnete Film: Lustig, lebendig und voll überzeugender Lebensbejahung. Eine verwickelte aber stets originelle Liebesgeschichte mit geistreich bewegtem Inhalt.

In der Hauptrolle

Sunnar Tolnaes

Siehe zu:

Ein humoristisches Beiprogramm.

Wir bitten unsere werten Leser

Inserate möglichst rechtzeitig in der Geschäftsstelle aufzugeben



Kautschuk-Absätze u. Kautschuk-Sohlen